



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 019 / 2014

Kiel, Mittwoch, 22. Januar 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wirtschaft / Prokon

Christopher Vogt: Die Region braucht eine klare Perspektive für die kommenden Jahrzehnte

In seiner Rede zu TOP 1a (Aktuelle Stunde) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Auch wenn ich es grundsätzlich begrüße, dass sich die Piraten hier ganz klar dagegen aussprechen, dass der Steuerzahler Unternehmen vor der drohenden Insolvenz retten soll, finde ihren Antrag auf eine Aktuelle Stunde zum Thema PROKON nicht nur unglücklich, sondern eigentlich auch unpassend.

Wie jeder derzeit lesen kann, hat das besagte Unternehmen derzeit offenbar Liquiditätsprobleme. Die Geschäftsführung versucht, die drohende Insolvenz abzuwenden. Unabhängig davon, wie man die Geschäftsmodelle und -methoden einzelner Unternehmen auch bewerten mag – dazu haben einige Verbraucherschützer und zahlreiche Journalisten ja zuletzt umfangreich Stellung bezogen – habe ich die Sorge, dass sich eine prominent platzierte Parlamentsdebatte über ein einzelnes privates Unternehmen, das derzeit Probleme hat, für dieses letztlich kontraproduktiv auswirkt. Es geht hier immerhin um rund 500 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, die meines Erachtens vom Parlament nicht weiter gefährdet werden sollten. Sollten bei Geschäften rechtliche Grenzen überschritten worden sein, wäre in erster Linie die Justiz und nicht die Politik gefragt.

Ebenso unglücklich und unpassend fand ich allerdings auch die Andeutungen der Landesregierung über eventuelle Hilfen des Landes für das betreffende Unternehmen, die die Piraten offensichtlich erst dazu motiviert haben, diesen Antrag zu stellen. Grundsätzlich kann ich für meine Fraktion sagen: Es ist nicht die Aufgabe des Landes oder anderer staatlicher Ebenen, private Unternehmen mit Subventionen vor der Insolvenz zu bewahren. Das unterscheidet die Soziale Marktwirtschaft

von der Staatswirtschaft. Es gibt in Deutschland ein modernes Insolvenzrecht und wenn sich Geschäftsmodelle am Ende als nicht tragfähig herausstellen, dann kann es nicht angehen, dass der Steuerzahler dieses mangelhafte Geschäftsmodell stützen soll. Das hat nichts mit sozialer Kälte zu tun, es ist schlichtweg unsinnig und wettbewerbsverzerrend, dort mit Subventionen einzugreifen. Diese Argumentation sollte auch den Sozialdemokraten einleuchten, denn beim Mindestlohn argumentieren sie ja ganz ähnlich. Die Große Koalition hier in Schleswig-Holstein hat mit solchen Hilfen keine guten Erfahrungen gemacht und ich kann der jetzigen Landesregierung nur raten, ganz einfach die Finger davon zu lassen.

Da einzelne mittelständische Unternehmen auch nicht für das Gelingen der Energiewende in Schleswig-Holstein entscheidend sind, sollten wir uns um hier im Hohen Hause lieber um die grundsätzlicheren Fragen kümmern, für die wir gewählt wurden. Denn unabhängig von der Frage, was bei diesem Unternehmen passieren wird, macht sich meine Fraktion Sorgen um den Wirtschaftsstandort Itzehoe und um die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis Steinburg. Dieser Standort ist durch den Verlust von rund 1.000 Arbeitsplätzen bei Prinovis stark gebeutelt. Es ist auch die Aufgabe der Landesregierung, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich Unternehmen in dieser nicht besonders strukturstarke Region entwickeln und ansiedeln können, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten, neue zu schaffen und gerade jungen Menschen eine Perspektive zu bieten.

Diese Region braucht eine klare Perspektive für die kommenden Jahrzehnte. Itzehoe, der Kreis Steinburg und die Region Unterelbe, aber auch die weitere Westküste brauchen endlich eine bessere Anbindung an den Rest des Landes und an Niedersachsen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben ja völlig recht, wenn Sie betonen, dass die A 20 nur dann wirklich Sinn machen wird, wenn sie vervollständigt wird, wenn sie bei Glückstadt über die Elbe weitergebaut wird. Wenn die Nutzer dann auch noch schneller als 60 Stundenkilometer fahren dürfen, dann sind wir da ganz bei Ihnen, Herr Albig. Wenn Sie das wirklich ernst meinen und es Ihnen wichtig ist, sollten Sie auf die Empfindlichkeiten Ihres grünen Koalitionspartners, der sich in dieser Frage noch immer querstellt, zukünftig weniger Rücksicht nehmen. Hören Sie endlich auf, in dieser Frage herum zu lavieren und senden Sie ein klares Signal an diese Region und an potenzielle Investoren!

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie es vielleicht nicht gern hören: Sie haben in Ihrer eigenen Koalition für ein solches Signal keine Mehrheit. Wie wollen Sie und Ihr Verkehrsminister in Berlin erfolgreich für die westliche Elbquerung werben, wenn Sie dafür im eigenen Laden keine Mehrheit organisieren können?

Ich weiß nicht, ob es Ihnen schon aufgefallen ist, aber es gibt in diesem Hohen Hause eine breite Mehrheit für den schnellstmöglichen Weiterbau der A 20. Nutzen Sie diese Mehrheit! Machen Sie deutlich, dass das Land diesem Wirtschaftsstandort – unabhängig davon, welche ein-

zelen Unternehmen am Markt bestehen werden oder nicht – eine klaren Perspektive bieten wird.“